## BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 18. Wahlperiode

03.03.14

## Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

## Frühzeitige Information für Bürgerinnen und Bürger – Liste relevanter baulicher Vorhaben für Bremen einführen

Eine Vorhabenliste in Bremen ist wichtig für eine frühzeitige, übersichtliche und barrierefreie Information der Bürgerinnen und Bürger. Mit dieser Liste kann durch Kurzdarstellungen eine Übersicht darüber gegeben werden, welche Projekte in Bremen geplant werden bzw. in welchem Stadium der Umsetzung und gegebenenfalls der Beteiligung sie sich befinden. Hierzu zählen eine kurze inhaltliche Beschreibung, vorhandene politische Beschlüsse, aktueller Stand sowie weitere Planungsschritte und avisierte Kosten. Zudem sind klare Ansprechpartner benannt, sodass Rückfragen und aktives Einbringen einfach möglich sind. Die Stadt Heidelberg hat seit dem Jahr 2012 ein erfolgreiches Beispiel für eine Vorhabenliste.

Bremen stellt bereits jetzt etliche Informationen über Vorhaben öffentlich dar, so etwa unter anderem Senatsbeschlüsse, Deputations- und Ausschussunterlagen, die Listen der Planungskonferenzen und in Zukunft eine Liste der geplanten Wohnungsbauinitiativen. Im Zuge der Überarbeitung der Darstellung des Informationsfreiheitsregisters solle eine enge Verzahnung mit der Vorhabenliste stattfinden. Eine Vorhabenliste würde eine neue Form von Transparenz und Sichtbarkeit produzieren.

## Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis zum Ende der Sommerpause 2014 zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie eine Vorhabenliste ähnlich dem Heidelberger Vorbild in Bremen eingeführt werden kann. Hierbei sollen folgende Aspekte besonders Berücksichtigung finden:

- Die Vorhabenliste soll möglichst frühzeitig bauliche Vorhaben der jeweiligen Vorhabenträger Bremens darstellen.
- Es sollen Kriterien entwickelt werden, nach denen die für eine Vorhabenliste relevanten baulichen Projekte definiert werden.
- Die Liste soll gesamtstädtische und stadtteilbezogene Vorhaben umfassen.
- Es soll eine Verzahnung mit dem Informationsfreiheitsregister stattfinden.
- Eine Darstellung der Liste, mit Kurzdarstellungen der Planungsvorhaben, soll in Form einer übersichtlichen Internetseite erfolgen und auch angemessene analoge Darstellungsformen erhalten.

Marie Hoppe, Carsten Werner, Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Helmut Weigelt, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD